

Iran-Krieg dämpft die Wachstumsaussichten

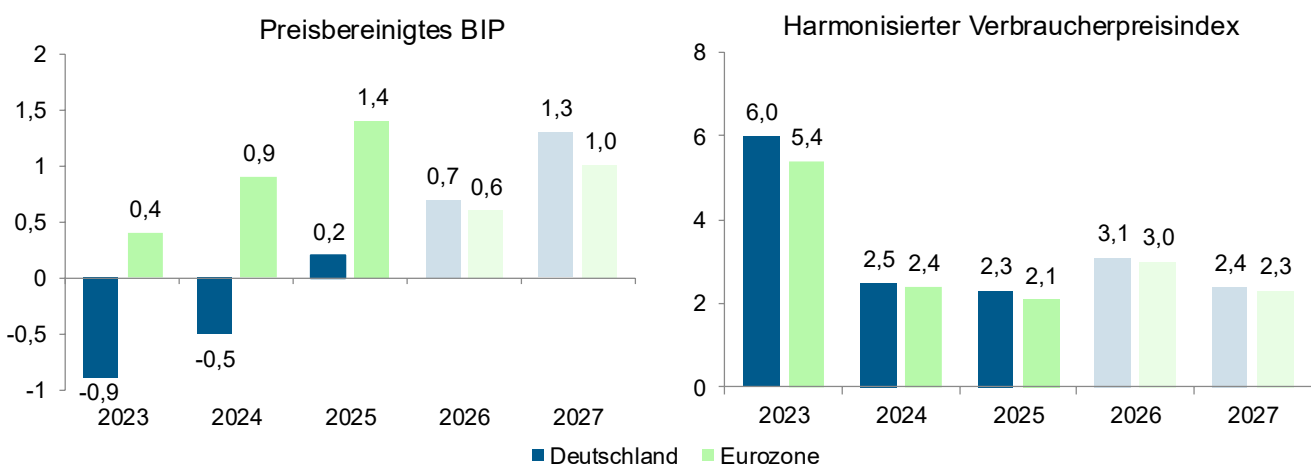
27. Mai 2026

Autoren: Dr. Sebastian Wanke, 069 7431-9784, sebastian.wanke@kfw.de
Stephanie Schoenwald, 069 7431-6446, stephanie.schoenwald@kfw.de
Dr. Jenny Körner, 069 7431-57189, jenny.koerner@kfw.de
Dr. Philipp Scheuermeyer, 069 7431-4017, philipp.scheuermeyer@kfw.de
Pressekontakt: Nina Luttmer, 069 7431-41336, nina.luttmer@kfw.de

- Die deutsche Wirtschaft ist mit einem Wachstum von 0,3 % im Vorquartalsvergleich solide ins Jahr gestartet. Wachstumstreiber waren der staatliche Konsum und die Exporte. Der private Konsum stagnierte dagegen und Rüstungsausgaben sowie das Wetter sorgten für Volatilität bei den Investitionen.
- Der Iran-Krieg trübt nun die Konjunkturaussichten: Für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland 2026 erwartet KfW Research nur noch ein Wachstum von 0,7 %, gefolgt von 1,3 % 2027 (Februar-Prognose: 1,5 % und 1,8 %).
- Das BIP im Euroraum ist zu Jahresbeginn nur leicht gestiegen und das aktuelle Quartal wird nun deutlich belastet. Deshalb erwarten wir für das laufende Jahr ein BIP-Wachstum von nur noch 0,6 %. Da ab dem zweiten Halbjahr 2026 die Dynamik wieder zunehmen und sich diese dann auch ins nächste Jahr erstrecken dürfte, rechnen wir für 2027 mit einem Plus von 1,0 %.
- Der Krieg im Nahen Osten treibt die Energiepreise und in der Folge die Verbraucherpreis-inflation in die Höhe. Die Größenordnung des Energiepreisschocks bleibt jedoch deutlich hinter 2022 zurück. Wir heben unsere Inflationsprognose 2026 für Deutschland auf 3,1 % (EZ: 3,0 %) an. Auch 2027 dürfte der Preisanstieg mit 2,4 % (EZ: 2,3 %) noch über dem 2 %-Ziel der EZB liegen. Wir rechnen in der Folge mit einer moderaten geldpolitischen Straffung, um ein klares Signal für Preisstabilität zu setzen.

Wirtschaftswachstum und Inflation

Prozent gegenüber Vorjahr



Quellen: Destatis, Eurostat; ab 2026 KfW Research-Prognose (Stand: Mai 2026).

Deutschland: solider Jahresauftakt

Im ersten Quartal hat der Iran-Krieg noch kaum Spuren in der deutschen Konjunktur hinterlassen: Das Statistische Bundesamt meldet für das Auftaktquartal ein preis- und saisonbereinigtes Wachstum von +0,3 % im Vorquartalsvergleich, nach +0,2 % im Schlussvierteljahr 2025. Somit setzte sich der leichte

Aufschwung fort, der schon Ende 2024 begonnen hatte und nur kurz von den amerikanischen Zoll-Kapriolen unterbrochen wurde. Der Staatskonsum hat zum Jahresauftakt, wie auch schon zuletzt, das Wachstum angetrieben (+1,1 %). Der bis vor kurzem noch recht starke private Konsum stagnierte dagegen. Die Exporte wuchsen aber überraschend stark (+3,3 %) bei

gleichzeitig nur leicht erhöhten Importen (+0,1 %). Erheblich geschrumpft sind lediglich die Bruttoanlageinvestitionen (-1,5 %): Hier zeigt sich die kalte und schneereiche Witterung im Januar und Februar bei den Bauinvestitionen. Vor allem aber gingen die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen deutlich zurück (-20,2 %), nachdem sie im Vorquartal regelrecht explodiert waren (41,3 %). Durch die Rüstungsoffensive der Bundesregierung ist bei den Ausrüstungsinvestitionen, die auch militärische Waffensysteme enthalten, viel Volatilität, aber unterm Strich auch eine steile Aufwärtstendenz zu sehen. Positiv ist zudem, dass die Unternehmensinvestitionen einen Rückgang im Vorquartal wieder ausgeglichen haben (+1,0 %) und somit wenigstens die grobe Seitwärtsbewegung des Vorjahres fortsetzen.

Aber Energiepreisschock trübt die Aussichten

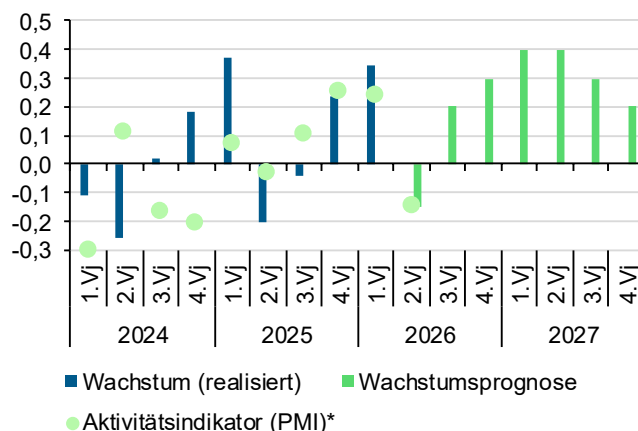
Inzwischen steckt der Aufschwung allerdings in der Straße von Hormus fest. Durch ihre effektive Sperrung für den Schifffverkehr seit Anfang März sind die Preise für Öl und Gas erheblich angestiegen, was die Inflation abrupt von rund 2 % auf rund 3 % im März und April nach oben getrieben hat (siehe Inflationsabschnitt). Angesichts der damit verbundenen Kaufkraftverluste ist das Konsumklima eingebrochen und die Unternehmensstimmung, gemessen am ifo Geschäftsklima, abgesackt. Der Einkaufsmanagerindex (Composite PMI), ein relativ guter Frühindikator für das Wachstum, notierte im April und Mai bei durchschnittlich 48,5 Punkten und deutet damit eine leichte Schrumpfung des realen BIP im zweiten Quartal an. Einen Lichtblick geben jedoch die Auftragseingänge der Industrie, die sich schon seit einigen Monaten in einem Aufwärtstrend befinden und im März nochmals deutlich zugelegt haben.¹

Wachstumsprognose: +0,7 % 2026 und 1,3 % 2027

Insbesondere das Konsumwachstum dürfte durch den Energiepreisschock ausgebremst werden, und auch die Unternehmensinvestitionen sind durch eingetrübte globale Konjunkturaussichten sowie die gestiegene Unsicherheit beeinträchtigt. Hinzu kommen negative Effekte über einen Zinsanstieg, der sich durch gestiegene Inflationserwartungen sowie der Antizipation einer Zinsreaktion der EZB an den Finanzmärkten ergeben hat. In einer am 2. April veröffentlichten Interimsprognose hatten wir vor diesem Hintergrund für das BIP-Wachstum 2026 schon einen Abschlag von 0,6 Prozentpunkten auf die Februar-Prognose von 1,5 % vorgenommen.² Aufgrund einer noch etwas stärker als erwarteten Eintrübung der Frühindikatoren sowie einem nach Revisionen leicht geschrumpften statistischen Überhang (aus 2025) setzen wir unsere Wachstumsprognosen für 2026 nun nochmal etwas herab: Für das preisbereinigte BIP erwarten wir in diesem Jahr nun ein Wachstum von 0,7 %, gefolgt von +1,3 % 2027 (Februar-Prognose: +1,5 % und +1,8 %).³ Nach einem leichten Rückgang des BIP im laufenden Vierteljahr erwarten wir ab der zweiten Jahreshälfte wieder positive Wachstumsraten. Da die Normalisierung der Energiepreise und Handelsströme Zeit brauchen wird allerdings mit etwas abgeschwächtem Tempo.

Deutschland: Wachstumsdynamik

Preis-, saison- und kalenderbereinigtes BIP, Vorquartalsveränderung, in Prozent



Notiz: *Aktivitätsindikator: (Wert des Composite PMI – 50) / 10

Quellen: Destatis; S&P Global, KfW Research Prognose ab Q2 2026

Hauptgrund für unsere nach wie vor signifikant positive Wachstumserwartung für das Gesamtjahr und vor allem für 2027 ist der Fiskalstimulus der Bundesregierung. Insbesondere die Verteidigungsausgaben sind schon seit Ende 2025 rapide angestiegen und über die Bestellung von Rüstungsgütern bei der deutschen Industrie angekommen. Etwas langsamer stellte sich dagegen in den letzten Monaten der Mittelabfluss aus dem Sondervermögen dar, wobei wir weiterhin mit einer Beschleunigung ab der zweiten Jahreshälfte rechnen.⁴ Mit Blick auf die Verwendungskomponenten des BIP erwarten wir daher vor allem positive Wachstumsbeiträge von den staatlichen Investitionen – zu denen auch militärische Ausrüstungen zählen – sowie vom Staatskonsum. Indirekt dürfte sich der staatliche Ausgabenzuwachs aber auch positiv im privaten Konsum niederschlagen, der trotz des Preisschocks 2026 und 2027 zumindest leicht expandieren dürfte und zunächst noch von einem robusten Lohnwachstum profitiert.⁵ Wenn die Verunsicherung durch den Iran-Krieg in der zweiten Jahreshälfte abnimmt, sollten mit einer steigenden Kapazitätsauslastung auch die Unternehmensinvestitionen auf einen leichten Wachstumspfad einschwenken. Ein positives Wachstum auf Jahressicht erwarten wir hier allerdings erst 2027. Außerdem dürften die privaten Wohnungsbauinvestitionen nach einem schlechten Jahresstart und wegen des neuen Gegenwindes durch die gestiegenen Zinsen und womöglich auch Baukosten auf Jahressicht erst 2027 wieder expandieren. Belastet wird das Wachstum 2026 und im etwas geringeren Ausmaß auch noch 2027 vom Außenbeitrag, denn die staatlichen Ausgaben erhöhen auch die Importe und schmälern insofern rechnerisch wiederum die Wirtschaftsleistung etwas. Die Exporte dürften angesichts der gestiegenen Auslandsaufträge und Exporterwartungen zwar 2026 und 2027 wieder etwas zulegen, aber voraussichtlich mit einem deutlich geringeren Tempo als die Importe. Auch der intensive Wettbewerb durch

¹ Vorgezogene Bestellungen um Preissteigerungen oder Lieferengpässen zuvorkommen dürften ihren Anstieg um 5 % im März teilweise erklären. Der Anstieg des Auftragseingangs ist aber zu breit, um die positive Entwicklung allein hierauf zurückzuführen.

² Vgl. Schumacher, D. (2026): Ein hartnäckiger Energiepreisschock. Volkswirtschaft Kompakt Nr. 260, KfW Research.

³ Preis- und kalenderbereinigt liegt unsere aktuelle Prognose bei +0,5 % (2026) und +1,2 % (2027). Eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Arbeitstagen trägt in beiden Jahren zum Wachstum bei.

⁴ Der Bund plant seine Investiven Ausgaben (ohne finanzielle Transaktionen) von 70,6 auf 118,3 Mrd. EUR hochzufahren. Ein Abfluss von gut 80 % der eingeplanten Mittel erscheint realistisch.

⁵ Die Nominallöhne lagen in Q1 um 4 % über dem Vorjahresquartal.

chinesische Unternehmen dürfte weiterhin auf der Außenbilanz lasten.

Folgen des Iran-Kriegs sind weiterhin sehr unsicher

Nach wie vor hängt der Konjunkturverlauf erheblich von der Energiepreisentwicklung ab. Wir rechnen hier mit den Mitte Mai vorherrschenden Terminpreisen für Öl und Gas, die sich trotz der bis dato seit mehr als zwei Monaten anhaltenden Sperrung der Straße von Hormus etwas moderater entwickelt haben, als es bei unserer Interimsprognose befürchtet wurde. Voraussetzung für den in den Futures angelegten langsamen Rückgang der Energiepreise ab der zweiten Jahreshälfte ist aber wohl, dass die Straße von Hormus noch im laufenden Quartal geöffnet wird. Sollte dies nicht geschehen, wäre ein weiterer erheblicher Anstieg der Energiepreise wahrscheinlich sowie produktionsbehindernde Lieferengpässe bei zahlreichen Gütern, die petrochemisch erzeugt oder über das bekannte See-Nadelöhr gehandelt werden. Sollten die Kampfhandlungen zeitnah und nachhaltig beigelegt werden, gibt es aber auch Aufwärtsrisiken für unsere Prognose: Gerade für das laufende Jahr sind wir deutlich über die modellbasierten Wachstumsabschläge hinausgegangen, unter anderem um auch negative Sentiment-Effekte zu berücksichtigen.⁶

Annahmen für den Öl- und Gaspreis in der Prognose

	Öl (USD/Barrel)	Gas (EUR/MWh)
2026 Q1	80	40
Q2	103	45
Q3	101	45
Q4	91	45
2027 Q1	85	44
Q2	81	36
Q3	79	34
Q4	78	34

Notiz: Auf Basis der Futures vom 04.05.–08.05.2026

Quelle: Bloomberg

Euroraum: Iran-Krieg wirkt wie ein Nackenschlag

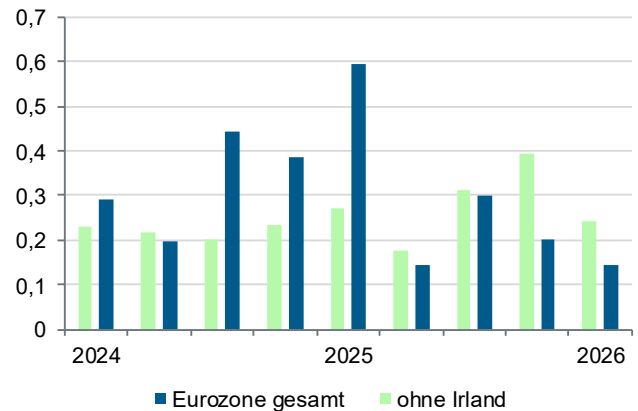
Die Entwicklung des realen BIP im gesamten Euroraum war zu Jahresbeginn relativ schwach: Im ersten Quartal nahm es um 0,1 % im Vergleich zu Vorquartal zu. Auch für das Schlussvierteljahr 2025 wurde die BIP-Wachstumsrate etwas nach unten korrigiert, nämlich auf 0,2 % im Vorquartalsvergleich. Das laufende Vierteljahr wird nun nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Eurozone dominiert von den Belastungsfaktoren, die aus dem Iran-Krieg resultieren, also den höheren Energiepreisen und tatsächlichen oder sich anbahnenden Lieferengpässen. Wir rechnen deshalb damit, dass im zweiten Quartal die Wirtschaftsleistung auch im Euroraum real rückläufig sein wird. Mit der Wiedereröffnung der Straße von Hormus, die wir bis etwa Ende Juni erwarten, dürften die Wachstumsraten aber wieder ins Positive drehen. Folglich haben wir unsere BIP-Prognosen für den Euroraum spürbar nach unten korrigiert: für 2026 im Vergleich zur Februar-Prognose um 0,8 Prozentpunkte auf nun 0,6 % und für 2027 um 0,4 Prozentpunkte auf 1,0 %.

Irland verzerrt das Gesamtbild

Ein genauerer Blick in die Euroland-Zahlen zeigt jedoch, dass bis ins erste Quartal die zugrundeliegende Dynamik etwas besser war, als sie die aggregierten Daten erscheinen lassen: Ohne Irland ist das BIP im Auftaktquartal um rund einen Zehntelprozentpunkt im Vergleich zum Vorquartal stärker gewachsen, das heißt gerundet um 0,2 % im Vorquartalsvergleich. Schon im Schlussvierteljahr 2025 hatte das kleine Euroland aus dem Nordwesten das BIP-Wachstum der gesamten Eurozone spürbar nach unten gedrückt. Ohne Irland hatte das BIP der Eurozone damals sogar um 0,4 % expandiert (siehe untenstehende Grafik). Die irischen BIP-Daten werden zunehmend dominiert von multinationalen Unternehmen und deren Verbuchung von Produkten geistigen Eigentums. Dass diese Wertschöpfung tatsächlich in Irland stattfindet, erscheint von außen betrachtet etwas fraglich. Die irische Statistikbehörde weist auf das Phänomen der BIP-Schwankungen, die durch diese Produkte hervorgerufen werden, hin, hat allerdings noch keinen anderen Umgang damit vorgeschlagen.

Euroraum: BIP-Wachstum mit und ohne Irland

Preis-, saison- und kalenderbereinigtes BIP, Vorquartalsveränderung, in Prozent



Quellen: Eurostat, Macrobond.

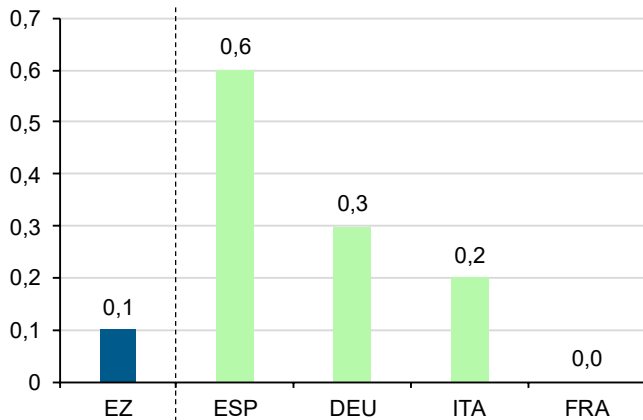
Spanien bleibt der Wachstumschampion

Interessant ist schließlich ein Vergleich der BIP-Wachstumsraten der größten Euroländer (siehe nachfolgende Grafik). Hier hat sich Deutschland hinter Spanien jetzt an die zweite Stelle geschoben. Während die Ökonomie der iberischen Halbinsel im ersten Quartal um 0,6 % im Vergleich zum Vorquartal wachsen konnte, hat das reale BIP Deutschlands (siehe hierzu auch obige Ausführungen) um 0,3 % zugelegt. Deutschland liegt damit – vor allem dank des Fiskalimpulses – vor Italien mit 0,2 % und Frankreich, wo es zu einer Stagnation kam.

⁶ Unsere Simulation mit dem makroökonomischen Modell von Oxford-Economics allein ergibt für 2026 nur einen Wachstumsabschlag von 0,3 Prozentpunkten.

Euroraum: BIP-Wachstum der größten Volkswirtschaften im 1. Quartal 2026

Preis-, saison- und kalenderbereinigtes BIP, Vorquartalsveränderung, in Prozent



Quellen: Eurostat, Macrobond.

In Frankreich dämpfte neben der Inlandsnachfrage laut dem Statistikamt INSEE unter anderem eine ausgeprägte Schwäche der Exporte der Luftfahrtindustrie. Ob dies nur ein temporärer Ausrutscher war, dürften die nächsten Monate zeigen. In jedem Fall belastet dieser enttäuschende Jahresbeginn die erwartete BIP-Jahreswachstumsrate unseres Nachbarlandes spürbar (siehe nachfolgende Tabelle).

Euroraum: Jährliches BIP-Wachstum inklusive Prognosen

Prozent gegenüber Vorjahr, preisbereinigt, Stand 22.05.2026

	DE	FR	IT	ES	EZ
2024	-0,5	1,2	0,8	3,5	0,9
2025	0,2	0,8	0,5	2,8	1,4
2026	0,7	0,5	0,4	2,1	0,6
2027	1,3	0,8	0,5	1,8	1,0

Quellen: Destatis, Eurostat, ab 2026 KfW Research Prognose

Inflation: Energiepreise schieben Inflation an

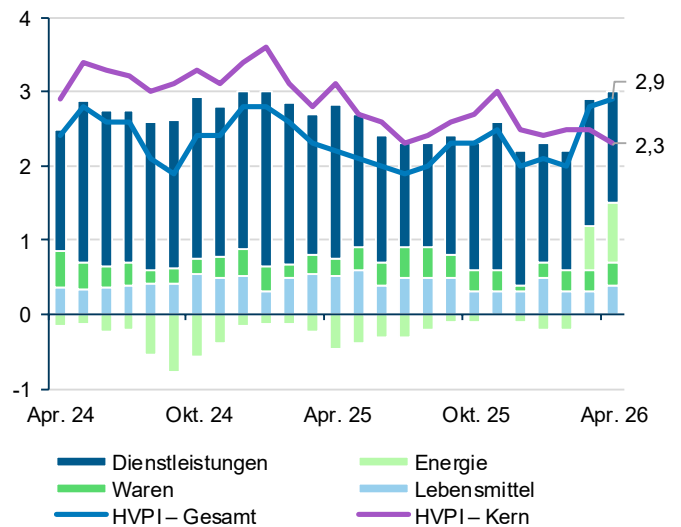
Schneller als beim Wachstum wirken sich die Folgen der Sperrung der Straße von Hormus auf die Preisentwicklung aus. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) beschleunigte sich die Inflation ausgehend von Werten um 2 % seit Kriegsbeginn deutlich. Im April lag die HVPI-Gesamtrate in Deutschland bei 2,9 % (EZ: 3,0 %). Das ist der höchste Wert seit Anfang 2024. Entscheidender Treiber dafür ist – kaum überraschend – die Energieinflation, die sich in Deutschland mit 8,9 % dem zweistelligen Bereich annäherte und diesen in der Eurozone mit 10,8 % bereits erreichte. Der Inflationsanstieg wäre noch deutlicher ausgefallen, hätte nicht die Entwicklung der Dienstleistungspreise für einen Dämpfer gesorgt. Diese stiegen mit 3,1 % in Deutschland (EZ: 3,0 %) um einige Zehntel schwächer als in den Vormonaten, was sich aufgrund des hohen Gewichts der Dienstleistungen im Warenkorb von nahezu 50 % jedoch auch in der Gesamtrate bemerkbar machte. Begünstigt wurde der Rückgang der Dienstleistungsinflation durch den diesjährig frühen Ostertermin. Insbesondere Pauschalreisen und Flugtickets waren dadurch sowohl in Deutschland als auch in der Eurozone im April deutlich günstiger als im Vorjahr zu haben.

Bisher beschränken sich die Auswirkungen des rapiden Energiepreisanstiegs an den Weltmärkten auf die Konsumentenpreise im Wesentlichen auf die unmittelbar betroffenen

Gütergruppen wie flüssige Kraftstoffe, insbesondere Superbenzin, Diesel und Heizöl. Seit Februar haben die Preise für diese Produkte in Deutschland um 20,7 % (EZ: 21,6 %) zugenommen. Gemessen an ökonomischen Analysen der EU-Kommission ist damit die zu erwartende Weitergabe des Ölpreisanstiegs (Brent, USD/ Barrel) um rund 50 % seit Ende Februar bereits abgeschlossen. Das ist insofern eine gute Nachricht, als dass die Verbraucherpreisinflation für Energieprodukte kaum noch weiter anziehen dürfte. Dabei rechnen wir damit, dass die Beschleunigung der Teuerung nach und nach auch auf den weiteren Energieverbrauch der Haushalte wie Gas und Strom übergreift. Bisher sind hier relevante Preissteigerungen ausgeblieben. Langfristige Liefervereinbarungen und Verträge mit Preisbindungen wirken schnellen Tarifanpassungen entgegen. Daher schlagen sich die Entwicklungen an den Weltmärkten erst verzögert nieder und fallen bei Gas und Strom typischerweise deutlich schwächer aus. Vorausgesetzt, die Ölpreise fallen wie von den Futures indiziert im vierten Quartal wieder spürbar, dürften sich diese Entwicklungen kompensieren. Im Mai und in Juni bringt zudem der Tankrabbat von 17 ct/l eine Entlastung. Gemessen an den Kraftstoffpreisen der öffentlichen Tankstellen dürfte die Inflationsrate um 0,2 bis 0,3 PP niedriger ausfallen. Auch andere Länder der Währungsunion haben befristete Senkungen der Energiesteuern auf Kraftstoffe beschlossen, darunter Spanien und Italien.

Beiträge zur Inflation (HVPI) in Deutschland

Inflation in Prozent, Beiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quellen: KfW Research, Eurostat.

Anzeichen für eine Verbreiterung des Preisdrucks

Auch bei einer baldigen Entspannung im Iran-Konflikt wird es dauern, bis sich die Energieflüsse wieder normalisieren. Dies ist in den von uns für die Prognose verwendeten Energiepreisfutures für Öl und Gas eingepreist. Damit ist mit einem Übergreifen des Preisschocks in weitere verbrauchernahe Branchen zu rechnen. Der Transmissionsprozess hat eingesetzt, benötigt aber Zeit, um sich voll zu entfalten. Chemische Grundstoffe, Düngemittel und Flugbenzin gehören zu den Vorprodukten, deren Preise sich bereits massiv verteuert haben. Gleichzeitig geraten die globalen Lieferketten zunehmend unter Druck. Dies zeigt sich auch in den Absatzpreiserwartungen der Unternehmen, die bereits deutlich anziehen. Dies gilt insbesondere für die Industrie, die Bauwirtschaft und den Einzelhandel, weniger

für die Dienstleistungsanbieter, die stärker von der Lohnentwicklung abhängen.

Absehbar ist, dass sich Lebensmittel spürbar verteuern werden. In der Energiekrise 2022/2023 lag der Höhepunkt der Lebensmittelinflation bei rund einem Drittel des Höhepunkts der Energieinflation. Bis dieser erreicht wurde, verstrich aufgrund des langen Produktionszyklus in der Landwirtschaft jedoch etwa ein Jahr. Übertragen auf die aktuelle Lage bedeutet dies, dass der Anstieg der Lebensmittelpreise bis Mitte 2027 auf 3–4 Prozent anziehen dürfte. Darüber hinaus gehen wir von einer moderaten Beschleunigung der aktuell noch sehr niedrigen Inflation bei den Kernwaren aus, während zugleich die Dienstleistungsinflation im Zuge der abflauenden Lohndynamik zwar nur wenig, aber etwas nachlässt. Die schwierige wirtschaftliche Lage in Europa und besonders in Deutschland wirken unserer Einschätzung nach starken Zweitrundeneffekten entgegen. Handelskonflikte, starker Wettbewerbsdruck aus China, ein schwächerer Arbeitsmarkt und ein höheres Zinsniveau sind dabei die wichtigsten Faktoren.

Inflationsprognose: 3 % in Deutschland und im Euroraum

Unter dem Strich erwarten wir in diesem Jahr im Durchschnitt eine Inflationsrate von 3,1 % in Deutschland und von 3,0 % in der Eurozone. Der unterstellte langsame Rückgang der Energiepreisinflation und die Ausbreitung des Kostenschocks in der Wirtschaft führen dazu, dass die Verbraucherpreise auch 2027 mit 2,4 % in Deutschland bzw. mit 2,3 % in der Eurozone noch

stärker steigen dürften als von der EZB gewünscht. Die Prognosen unterliegen angesichts der geopolitischen Lage naturgemäß hoher Unsicherheit. Je länger sich der Konflikt zwischen dem Iran und den USA hinzieht, umso stärker könnte die Verknappung der Energielieferungen die Preise treiben. Auf der anderen Seite könnte sich die Dienstleistungsinflation stärker abschwächen als gedacht. Zuletzt haben sich die Frühindikatoren für diesen Wirtschaftsbereich überraschend deutlich abgekühlt.

EZB wird Leitzinsen anheben

Es zeichnet sich ab, dass die europäische Notenbank mit einer moderaten geldpolitischen Straffung auf den neuerlichen Energiepreisschock reagieren wird. Darauf weisen auch die jüngsten Äußerungen der Ratsmitglieder hin. Dies dient primär dem Ziel, die Glaubwürdigkeit der EZB zu stärken und die Inflationserwartungen zu verankern. Das Argument für eine Zinsanhebung wird durch die steigenden Absatzpreiserwartungen gestärkt. Gleichzeitig haben auch die Inflationserwartungen der europäischen Verbraucher einen Sprung nach oben gemacht und liegen bezogen auf den 3-Jahreshorizont bereits wieder bei 3 % und damit so hoch wie im März 2023. Dies deutet eine erhöhte Sensibilität der Konsumenten aufgrund der Erfahrung der letzten Energiekrise an. Die Finanzmärkte haben bereits bis zu drei Zinsschritte in diesem Jahr eingepreist und auch die langfristigen Zinsen haben merklich angezogen.